

## 25

Zeitzeugen erinnern sich

## Das Zusammenwachsen zweier deutscher Berufsbildungssysteme in turbulenten Zeiten

**BWP** Mit der deutschen Vereinigung wuchsen auch zwei deutsche Berufsbildungssysteme zusammen. Als Generalsekretär des BIBB waren Sie, Herr Professor Schmidt, zusammen mit Verantwortlichen des Zentralinstituts für Berufsbildung (ZIB) gefordert, diesen Prozess mitzugestalten. Was waren damals vordringliche Anliegen?

**SCHMIDT** Der Mauerfall läutete eine unvergessliche Zeit ein. Wir erlebten im BIBB von heute auf morgen eine grundlegende Änderung unserer eigenen Rolle. War unser Betätigungsfeld zwanzig Jahre lang Hunderte Kilometer von unserem Standort Berlin entfernt in der Bundesrepublik, so befanden wir uns nun mitten in einem neuen Wirkungsfeld. Wir wurden für die Bundesregierung und ab Mai 1990 für die Regierung der DDR ebenso wie für persönliche Anliegen der DDR-Bürger in Fragen von Aus- und Weiterbildung eine zentrale Anlaufstelle. Die Begeisterung über das unerwartete Ereignis gab uns enorme Energien, allen neuen Aufgaben gerecht zu werden.

Die Zusammenarbeit mit dem ZIB begann am 4. Januar 1990. Mein Stellvertreter, Professor Helmut Pütz, und ich verabredeten mit der Leitung des ZIB zahlreiche gemeinsame Projekte. Dazu zählte unter anderem die Einführung einer kaufmännischen Ausbildung für marktwirtschaftlich geführte Unternehmen in der DDR. Man hatte eine teilweise exzellente technische Ausbildung, aber es fehlte systembedingt zum Beispiel die Ausbildung für Industrie-, Handels-, Bank- und Versicherungskaufleute. Wir entwickelten Vorschläge, um die von Schließung bedrohten großbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen für überbetriebliche Ausbildung zu retten. Da Zuschnitt, Inhalte und Ausbildungsdauer der Berufe unterschiedlich waren, verglichen und entwickelten wir Pläne zur Vereinheitlichung. In den ersten Monaten 1990 gingen wir noch von einer Zusammenarbeit beider Institute in einer Konföderation beider deutscher Staaten aus. Nach den Volkskammerwahlen im Mai ging es nur noch um eine erträgliche Gestaltung der zunächst chaotischen Zustände, die der Beschluss der Volkskammer zur Übernahme unseres Berufsbildungsgesetzes zur Folge hatte. Am Ende des Jahres wurde das ZIB aufgelöst. Wir konnten 30 Kolleginnen und Kollegen ins BIBB übernehmen, leider gestand uns der Finanzminister keine weiteren Stellen zu. Dieser Zuwachs an Sachkenntnis stellte sich für uns als großer Glücksfall heraus. Ohne das hohe Engagement und die speziellen Kenntnisse dieser Mitarbeiter hätten wir die zahlreichen Anpassungsprobleme nicht annähernd so meistern können, wie es geschah.

**PROF. DR. DR. H.C.  
HERMANN SCHMIDT**

von 1977 bis 1997 Generalsekretär  
des BIBB



**BWP** Gab es bereits vor der Wende einen Austausch zwischen ZIB und BIBB?

**SCHMIDT** Seit Anfang der 80er-Jahre hatten wir vom BIBB aus jährlich Einladungen an das ZIB und alle Berufsbildungsinstitute des Ostblocks versandt. Einzig aus Polen erhielten wir Antwort. Der Direktor des Warschauer Instituts, Tadeusz Nowacki, besuchte uns ab 1984 regelmäßig in Berlin. Vom ZIB kam wie von den anderen Instituten keine Antwort. Nach dem Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik und der DDR 1986 nahm das ZIB eine Einladung an. Direktor Wolfgang Rudolph und drei Kollegen trafen sich im Herbst mit uns für drei Tage auf »neutralem Boden« der Handwerkskammer Aachen. Thema war unter anderem die Neuordnung der Metallberufe, die gleichzeitig in der DDR und bei uns stattfand. Im Übrigen waren die Kollegen vom ZIB über unsere Arbeit weit besser informiert als wir über ihre.

Im Jahr 1987 richtete die DDR den ersten Berufsbildungskongress der UNESCO aus, auf dem ZIB- und BIBB-Mitarbeiter einander trafen und diskutierten. Im Jahr 1988 trafen wir gleich dreimal mit Kollegen des ZIB zusammen: bei einem Besuch des DDR-Staatssekretärs für Berufsbildung im Bildungsministerium in Bonn, bei einem Symposium in Bydgoszcz/Polen, wo ich erstmals an einer Konferenz der Institute aller Staaten des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe teilnahm, und auf Einladung von Professor Anweiler, Universität Bochum, zu Fachgesprächen über Fragen der Berufsbildungsforschung.

Als die Mauer fiel, waren die Institute einander nicht fremd.

**BWP** Noch vor dem Einigungsvertrag verabschiedete die Volkskammer im Juli 1990 die gesetzlichen Grundlagen des dualen Systems der Bundesrepublik durch Übernahme des BBiG und eines Berufsschulgesetzes. Warum diese große Eile und wie beeinflusste dies die Dynamik des Transformationsprozesses?

**SCHMIDT** Vor der Verabschiedung war ich mit anderen Sachverständigen zu einer Anhörung in der Volkskammer. Ich plädierte für ein schrittweises Vorgehen über mehrere Jahre, da bei sofortiger Inkraftsetzung alle Beteiligten das Gesetz ständig hätten übertreten müssen; es fehlten die Voraussetzungen für eine ordnungsgemäße Umsetzung. Da stand ein Abgeordneter auf und antwortete: »Herr Schmidt, Sie haben ja recht. Aber sagen Sie das mal den jungen Leuten in meinem Wahlkreis. Die wollen den westdeutschen Facharbeiterbrief, und zwar sofort, weil sie sonst ihre Beschäftigungschancen gefährdet sehen.« Die chaotische Einführung des Systems, die in den Folgejahren viele Jugendliche veranlasste, zur Ausbildung nach Westdeutschland zu gehen, ist Geschichte.

Manche Chance der Systemoptimierung wurde damals durch unterschiedliche Interessen der westdeutschen Akteure und in der Hast der Entscheidungen vertan. Man hätte die Transformationsprobleme durch ein schulisches Berufsgrundbildungsjahr abmildern können, um vor allem den zahlreichen in Gründung befindlichen Kleinbetrieben die Mühen der Grundlagenvermittlung abzunehmen, die sie von einer Ausbildung abhielten. Doch das lehnten die westdeutschen Arbeitgeber und die Bundesregierung aus bildungspolitischen Gründen ab. Auch die durchaus attraktive Besonderheit »Facharbeiter mit Abitur« wurde – noch bevor die notwendigen Änderungen in der Durchführung diskutiert werden konnten – Opfer westdeutscher Interessen. Die Arbeitgeber sahen eine Gefährdung des Prüfungsprivilegs der Kammern, die Kultusminister die Gefahr einer Integration beruflicher und allgemeiner Bildung und eine Gefährdung ihres Prüfungsprivilegs für das Abitur. Auch die Berufsfachkommissionen der DDR wären aus unserer Sicht sehr vorteilhaft gewesen. Aber auch sie passten nicht in die westdeutschen Vorstellungen.

**BWP** Als BIBB-Generalsekretär hatten Sie viele Kontakte ins europäische und außereuropäische Ausland. Wie wurden die Entwicklungen in Deutschland dort aufgenommen?

**SCHMIDT** Das BIBB erlebte damals einen Besucheransturm von Berufsbildungsfachleuten aus aller Welt, die sozusagen eine Systemangleichung im Eilschritt beobachten wollten. Ein amerikanischer Kollege, Val Rust aus Seattle, stellte nach mehrwöchiger Rundreise durch die DDR fest: »You are really going to Anschluss East Germany«. Ich hielt beispielhaft den Volkskammerbeschluss zum Berufsbildungsgesetz dagegen, konnte ihn aber nicht überzeugen. Wir pflegten in jener Zeit ständigen Austausch mit den befreundeten Instituten in den USA, dem UK, Frankreich und Italien. Vor allem jene Länder, die das duale System gern auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten übernommen hätten, waren häufig zu Gast. Seit Anfang der 80er-Jahre hatte das BIBB bereits britische Ministerien bei dem Versuch beraten,

Formen dualer Ausbildung (»Youth Training Scheme«) im UK einzuführen. Enttäuschend war für unsere britischen Freunde wie für viele andere Besucher, dass es offenbar für zwei verwandte duale Systeme mit großen Schwierigkeiten verbunden war, zusammenzuwachsen.

Mit den USA mündete die Zusammenarbeit in den Folgejahren in eine intensive Beratung, als Präsident Clintons Arbeitsminister Robert Reich 1993 die gesetzlichen Grundlagen für die Entwicklung betriebsgestützter Ausbildung (»school-to-work-opportunities-act«) schuf.

Politisches Aufsehen erregte im Jahr 1990 der Besuch des stellvertretenden Bildungsministers der Sowjetunion, Professor Smirnov, im Europäischen Berufsbildungszentrum CEDEFOP. Smirnov, der nach dem Ende der UdSSR die Leitung des Berufsbildungsinstituts in Moskau übernahm, besuchte uns – inoffiziell, wie er betonte – im BIBB. Auch er interessierte sich vornehmlich für die Fragen des Systemtransfers der dualen Ausbildung, vor allem für die Modernisierung der Ausbildungsordnungen.

»» Das BIBB erlebte damals einen Besucheransturm von Berufsbildungsfachleuten aus aller Welt, die sozusagen eine Systemangleichung im Eilschritt beobachten wollten.««

**BWP** Wenn Sie heute auf diese bewegte Zeit zurückblicken: Lässt sich ein Fazit ziehen? Wo wurde trotz sich überschlagender Ereignisse klug gehandelt, wo weniger?

**SCHMIDT** Mangels Vergleichsmöglichkeiten lässt sich über die Chancen des Erfolgs von Alternativen nur spekulieren. Niemand hätte damals vermutet, dass 25 Jahre später noch die zurzeit existierenden Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen. Was die berufliche Bildung angeht, so bin ich nach wie vor stolz auf den beachtlichen Beitrag, den die Kolleginnen und Kollegen der beiden deutschen Berufsbildungsinstitute konkret für die damals in der Ausbildung befindlichen Jugendlichen und zum Zusammenwachsen der Systeme erbracht haben. Ich bewundere die enorme Anpassungsleistung der Berufsschulen und der zahlreichen freien Einrichtungen in den neuen Ländern, die viel abgedockt haben, was in der betrieblichen Ausbildung einfach nicht zu leisten war, und die erstaunliche Aufbauleistung der Kammern, die als strukturelles Rückgrat des dualen Systems in kürzester Zeit eine Registrierungs-, Aufsichts- und Prüfungsinfrastruktur geschaffen haben, ohne die alle betrieblichen Mühen vergeblich gewesen wären.

(Interview: Christiane Jäger)

## 25

Zeitzeugen erinnern sich

## Der Weg zur Rechtsanpassung in der Berufsbildung

**BWP** Herr Ressel, Sie haben als Referent im damaligen DDR-Bildungsministerium 1990 in der Arbeitsgruppe zur Rechtsanpassung auf dem Gebiet der beruflichen Bildung mitgearbeitet. Können Sie sich erinnern, wann diese Arbeiten begonnen haben und welche Ziele verfolgt wurden?

**RESSEL** Ja natürlich, ich erinnere mich an diese aufregende Zeit noch ganz genau. Die Umsetzung der Grundsätze und Ziele des Staatsvertrags über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion im Frühsommer 1990 verlangte eine schnelle Anpassung des Berufsbildungsrechts bis zum Beginn des Ausbildungsjahrs am 1. September 1990. Hierzu trafen sich Experten des damaligen Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft und des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft der DDR vom 5. bis 8. Juni 1990 in Bonn. Entsprechend dem engen Zeitplan entstand in diesen vier Tagen vom sprichwörtlichen weißen Blatt Papier der erste Entwurf eines Artikelgesetzes zur Übernahme des Berufsbildungsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland durch die ehemalige DDR.

Drei Ziele standen im Mittelpunkt: Erstens mussten bis zum 1. September 1990 die rechtlichen Voraussetzungen für die strukturelle Umstellung der Berufsausbildung in der noch existierenden DDR geschaffen werden, damit die Ausbildung in Ost- und Westdeutschland nach denselben Ausbildungsstandards erfolgen konnte. Zweitens war für Lehrlinge, die vor dem 1. September 1990 begonnen hatten, eine Regelung für den weiteren Verlauf ihrer Ausbildung einschließlich der Prüfungsvorschriften erforderlich. Drittens war eine besondere Regelung für die Lehrlinge notwendig, die eine Berufsausbildung mit Abitur absolvierten.

**BWP** Gab es hierzu irgendwelche Vorarbeiten?

**RESSEL** Aus meiner Sicht gab es zwei wichtige Grundlagen für uns: einerseits die Überlegungen, dass die deutsche Einheit auf der Grundlage des Art. 23 des Grundgesetzes vollzogen werden sollte, und andererseits, dass Fachexperten des BIBB und des ehemaligen Zentralinstituts für Berufsbildung einen inhaltlichen Abgleich der Ausbildungsberufe und Facharbeiterberufe erarbeitet hatten.

**BWP** Nach nur sechs Wochen und rechtzeitig zu Beginn des neuen Ausbildungsjahrs wurden das »Gesetz über die Inkraftsetzung des Berufsbildungsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland durch die Deutsche Demokratische Republik – IGbBiG –« und das »Gesetz über Berufsschulen«

**HARALD RESSEL**

Dipl.-Ing.-Päd., Referent im Referat  
»Wissenschaftlicher Nachwuchs,  
wissenschaftliche Weiterbildung«  
im BMBF



am 19. Juli 1990 von der Volkskammer beschlossen. Doch waren sie nicht von langer Dauer.

**RESSEL** Das ist richtig! Die deutsche Einheit kam dann sehr schnell, aber unsere Arbeit war deshalb nicht umsonst, denn sie war ja bereits auf die kommende deutsche Einheit ausgerichtet. So wurden z. B. die Regelungen zur Frage der Gleichstellung von Prüfungszeugnissen der Berufsausbildung direkt in den Artikel 37 Abs. 3 des Einigungsvertrags übernommen. Darüber hinaus waren einige Übergangsregelungen nach Maßgabe des Einigungsvertrags für den Aufbau der Strukturen des dualen Systems in den neuen Ländern eine wichtige rechtliche Grundlage.

**BWP** Wenn Sie heute zurückblicken, welches Resümee ziehen Sie nach 25 Jahren?

**RESSEL** Als jemand, der unmittelbar in dieser einmaligen historischen Zeit direkt an der Gestaltung der Prozesse beteiligt war und nunmehr 25 Jahre im BMBF tätig ist, kann ich mit gutem Gewissen sagen: Wir haben es im Grundsatz im Jahr 1990 völlig richtig angepackt. Natürlich gab es wegen der Schließung vieler Betriebe in den neuen Ländern auch Probleme bei der Versorgung mit Ausbildungsplätzen. Aber durch die Sonderprogramme des Bundes und der Länder für zusätzliche Ausbildungsplätze konnte den jungen Menschen eine berufliche Perspektive gegeben werden. Nicht zuletzt haben die Übergangsregelungen und die Regelungen im Einigungsvertrag zur Frage der Anerkennung der Berufsabschlüsse auch dazu beigetragen, dass die vielen gut qualifizierten Fachkräfte, die wegen der schlechten Arbeitsmarktlage in die westlichen Bundesländer gegangen sind, dort schnell Fuß fassen konnten. Zusammenfassend kann man daher von einer Erfolgsgeschichte für die Fachkräfte sprechen.

(Interview: Christiane Jäger)

Zeitzeugen erinnern sich

## Abgleich der Ausbildungs- und Facharbeiterberufe

**BWP** Nach der Wende mussten bundesrepublikanische Ausbildungsberufe und Facharbeiterberufe der DDR einander vergleichbar zugeordnet werden. Sie waren damals als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentralinstitut für Berufsbildung in diesem Bereich tätig. Welche Herausforderungen waren dabei zu meistern?

**MUCKE** Es ging in erster Linie darum, den Berufsschulen und Betrieben in der DDR Hilfestellungen für Veränderungen bzw. den Abschluss von Lehrverträgen zu geben. Zudem sollte eine Grundlage für die Entscheidung geschaffen werden, nach welchen vergleichbaren Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplänen künftig ausgebildet werden könnte. Auch die Kammern oder Arbeitsämter benötigten für ihre Beratungsarbeit Unterstützung. Die besondere Herausforderung lag darin, ausschließlich anhand der Aktenlage, ohne eine direkte Rückkopplungsmöglichkeit mit den Verantwortlichen im BIBB, die Details der einzelnen Berufe vergleichend zu beurteilen. Mit einiger Verwunderung nahmen wir zur Kenntnis, dass für den Vergleich zum Teil noch bundesrepublikanische Berufsbeschreibungen vorlagen, die aus den 1930er-Jahren stammten; ein Umstand, der den unterschiedlichen Verfahrensweisen bei der Aktualisierung von Berufsbildern geschuldet war. Nicht unerwähnt sollte auch bleiben, dass zweijährige ostdeutsche Berufsbilder mit dreijährigen westdeutschen Berufsbildern zu vergleichen waren, was allerdings – wider Erwarten – beim inhaltlichen Vergleich keine Probleme bereitete.

**BWP** Wie sind Sie bei dem Vergleich vorgegangen?

**MUCKE** Ausgehend von der Systematik der Ausbildungsunterlagen und der Berufsbilder der etwa 370 Facharbeiterberufe der DDR und der uns damals vorliegenden Unterlagen des BIBB, des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und der Bundesanstalt für Arbeit haben wir jedes Berufsbild nach der inhaltlichen Ausrichtung analysiert. Danach war die Entscheidung zu treffen, ob eine direkte, teilweise oder keine Zuordnung möglich ist. Zumeist konnten wir eine direkte Zuordnung feststellen, in einigen Fällen nur teilweise. Es gab auch die Fälle, in denen wir mehrere vergleichbare Ausbildungsberufe gefunden haben. Im Ergebnis wurde eine Grundlage dafür geschaffen, dass die beiden unterschiedlichen Berufsbildungssysteme aufeinander abgestimmt werden konnten. Die Ergebnisse sind 1990 in einer Sonderveröffentlichung des ZIB und des BIBB unter dem Titel »Facharbeiterberufe der Deutschen Demokratischen Republik und zugeordnete

### KERSTIN MUCKE

Dipl.-Ing.-Päd., wiss. Mitarbeiterin im BIBB, derzeit abgeordnet ins Referat Wissenschaftlicher Nachwuchs, wissenschaftliche Weiterbildung im BMBF



te vergleichbare Ausbildungsberufe der Bundesrepublik Deutschland« dokumentiert worden.

**BWP** In welcher Weise wurden Besonderheiten bei der Qualifikation des Ausbildungspersonals berücksichtigt?

**MUCKE** Die Ausbildung der Berufsschullehrer war in der DDR aus meiner Sicht sehr breit aufgestellt und gut organisiert. So gehörten z. B. ab dem zweiten Semester Einsätze in der Berufsschule zum Studienprogramm. Mit Abschluss des Studiums an der Universität waren die Absolventen in dem jeweiligen Fachgebiet gut ausgebildete Lehrer mit der Höchststundenzahl. Ein Referendariat erübrigte sich. Umso weniger war zu verstehen, dass dieser Abschluss in den meisten Bundesländern nicht anerkannt wurde, sondern ein weiteres (Zusatz-)Studium gefordert wurde, um als vollwertige Lehrkraft in einer Berufsschule tätig zu werden. Und das bei dem damals viel beklagten Berufsschullehrermangel in der Bundesrepublik!

**BWP** Welche Erkenntnisse und Erfahrungen aus dieser Zeit sind auch heute noch von Interesse, wenn es um den Vergleich und die Anerkennung von Qualifikationen geht?

**MUCKE** Wichtig für jegliche Vergleiche ist eine ausreichende Informationsgrundlage über das, was eine bestimmte Qualifikation oder ein Bildungsabschluss ausmacht. Insofern sollten die Verantwortlichen im Bildungsbereich Transparenz über die »Inhalte« ihrer Bildungsangebote sicherstellen und auch ihre Absolventen stets mit aussagekräftigen Dokumenten ausstatten. Letzteres wäre auch für Arbeitszeugnisse u. Ä. denkbar. Wenn ersichtlich wird, welche Lernergebnisse (Wissen, Fertigkeiten, Kompetenzen) die Absolventen vorweisen können, dann wird die Anerkennung im Sinne von Zugang bzw. die Anrechnung im Sinne von Verkürzung oder Erleichterung einfacher.

(Interview: Christiane Jäger)

## 25

Zeitzeugen erinnern sich

**Aufbau von Kammerstrukturen in den neuen Ländern**

**BWP** Mit der Übernahme von BBiG und HwO zu Beginn des Ausbildungsjahrs 1990 galt es, entsprechende Kammerstrukturen in den ostdeutschen Bundesländern aufzubauen. Welches waren dabei die größten Herausforderungen? Woran konnten Sie anknüpfen?

**BECHERER** Als ehemaliger Schulleiter einer Betriebsberufsschule, an der auch Berufsausbildung mit Abitur angeboten wurde, hatte ich die Grundlagen, um das Bisherige mit dem Neuen vergleichen zu können. Nach meinem Wechsel zur Handwerkskammer Halle im Jahr 1990 durfte ich daher die Aufbauarbeit von Anfang an begleiten, zunächst als Weiterbildungsberater, nach drei Monaten als Leiter der Abteilung Berufliche Bildung. Vom ersten Tag an gab es viele Fragen, vor allem auch zum Prüfungswesen. Zwar gab es auch zu DDR-Zeiten Handwerkskammern, sie hatten aber keine Aufgaben im Zusammenhang mit der Berufsausbildung. Auch das Prüfungswesen war nicht den Handwerkskammern unterstellt.

Allerdings: Drei mal drei war auch in der DDR neun; d. h. die Inhalte in den für uns neuen Ausbildungsordnungen waren durchaus äquivalent mit denen in der DDR. Schon 1990 haben wir parallel zu den Facharbeiterprüfungen die ersten Gesellenprüfungen durchgeführt, 1991 konnten wir dann durchgehend Prüfungen nach der HwO bzw. nach dem BBiG durchführen. Das Prüfungswesen, insbesondere auch das Meisterprüfungswesen, war eine Riesenherausforderung. Der sogenannte »volkseigene« Meister hatte Bestandschutz. Für einen Handwerksmeisterabschluss mussten aber die Teile 3 und 4 der Meisterprüfung, also betriebswirtschaftliche Kenntnisse und Ausbildereignung, nachgeholt werden, technische Inhalte wurden in Aufbaukursen vermittelt. So hatten wir 1991 allein bei der HWK Halle 645 Meisterabschlüsse, 1992 waren es sogar 979. Danach nahmen die Zahlen wieder ab. Also gerade direkt nach der Wende gab es hier den größten Bedarf.

**BWP** Wie ist es angesichts eines solchen Ansturms gelungen, eine weitgehend reibungslose Umsetzung zu gewährleisten? Welche Form der Unterstützung erhielten Sie?

**BECHERER** Wir hatten große Unterstützung durch Partnerkammern, bei uns waren es die Handwerkskammern Hildesheim und insbesondere Bayreuth. Es gab regen Besuch in beide Richtungen, wir wurden geschult in allen relevanten Dingen: Was sind die Aufgaben der Prüfungsausschüsse, der Berufsbildungsausschüsse? Wie wird die Lehrlingsrolle geführt? Was ist bei den Abschlüssen von

**VOLKER BECHERER**

Dipl.-Ing.-Päd., Abteilungsleiter  
Berufliche Bildung an der Handwerks-  
kammer Halle



Berufsausbildungsverträgen zu beachten? Was müssen Ausbildungsberater leisten? Viele Anforderungen aus der Handwerksordnung waren in der DDR völlig verkümmert. Die Unterstützung bestand zum einen durch den Austausch mit erfahrenem Personal und zum anderen durch Materialien wie z. B. Prüfungsunterlagen. Wir hatten ja keine Erfahrung, was wir beispielsweise in einem Betrieb prüfen müssen, damit er die Berechtigung zur Ausbildung erhält. Die Ausbildung war zu DDR-Zeiten kontingentiert, wir hatten im Bezirk Halle 1.200 Lehrlinge im Handwerk, es war genau festgelegt, welcher private Betrieb wie viele junge Menschen ausbilden durfte. Nun kamen viele ausbildungswillige Betriebe hinzu, da war großer Beratungs- und Schulungsbedarf, auch bei der Eignung der Ausbilder. Die HWK Bayreuth hat auch den Aufbau der Bildungsstätten begleitet. Die HWK Halle konnte im August 1990 das erste handwerkliche Bildungszentrum in den neuen Bundesländern eröffnen, das mit großer Unterstützung z. B. durch technisch aktuelle Maschinen in der Lehrwerkstatt eines ehemaligen Kombinatbetriebs entstand.

**BWP** Wenn Sie heute zurückblicken: Wie beurteilen Sie die Zeit des Umbruchs und der Neuorganisation?

**BECHERER** Ich war überzeugt – und das hat sich auch bestätigt –, dass die Berufsausbildung in der DDR eine gute Grundlage war. Vieles, was wir damals für gut befunden haben, haben wir versucht, in die neue Zeit hinüberzubringen. Das ist uns auch an einigen Stellen gelungen, beispielsweise die Übernahme von Lehrwerkstätten von großen Kombinat. Da gab es für den Anfang gute Bedingungen, wir konnten wirklich loslegen. Die Herausforderungen hätten wir allerdings ohne Unterstützung nicht bewältigt. Der schnelle Wandel funktionierte nur mit der hohen Motivation aller Beteiligten und weil Vorurteile auf beiden Seiten sehr schnell abgebaut wurden.

(Interview: Arne Schambeck)

Zeitzeugen erinnern sich

## Internationale Zusammenarbeit in der Berufsbildung

**BWP** Herr Dr. Beckmann, Sie waren bis zur Wende Leiter des Instituts für Berufspädagogik (IBP) in Magdeburg, das zentrale Aufgaben in der internationalen Ausbildungshilfe übernahm. Wo lagen die Schwerpunkte der DDR-Ausbildungshilfe im Bereich der Berufsbildung?

**BECKMANN** Im Rahmen der Ausbildungshilfe wurden Facharbeiter in der DDR und den jeweiligen Zielländern ausgebildet, in geringerem Umfang auch Berufsschullehrer und Ingenieur-Pädagogen als Lehrkräfte für den berufspraktischen Unterricht.

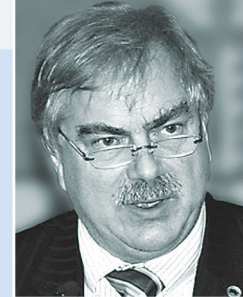
Mit der Gründung des IBP in Magdeburg wurden seit Anfang der 1980er-Jahre Berufspädagogen und ab 1986 nach einem Studienplan »Lehrkraft für den beruflichen Unterricht« Lehrkräfte für den berufspraktischen und berufstheoretischen Unterricht – im Sprachgebrauch auch als integrierte Lehrkraft bezeichnet – ausschließlich für Auslandsprojekte ausgebildet. In der DDR gab es keine offizielle Stelle, auch kein Ministerium, welches die internationale Ausbildungshilfe koordiniert hat. Zwar hatte das Staatssekretariat für Berufsbildung mit seiner Abteilung Ausbilderbildung eine gewisse koordinierende Funktion, jedoch waren auch andere Stellen, wie der Zentralrat der FDJ, das Ministerium für Volksbildung sowie eine Reihe von Fachministerien, in diesen Prozess einbezogen. Das betraf sowohl die Entsendung von Experten als auch die Einrichtung von Ausbildungsplätzen. Das IBP in Magdeburg arbeitete so auch für die Planung von Kapazitäten mit dem Institut für Berufliche Entwicklung (IBE) zusammen. Ebenfalls Partner für das Institut waren Außenhandelsunternehmen, wie zum Beispiel Intercoop.

**BWP** Welche Ansätze und Netzwerke konnten nach der Wiedervereinigung weitergeführt werden?

**BECKMANN** Das IBP hatte als Fachschule mit seiner Ausrichtung der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften und Leitungskadern und seiner Zuordnung zum Staatssekretariat für Berufsbildung als nachgeordnete Einrichtung einen Sonderstatus in der DDR. In der Wendezeit kam es zu ersten Kontakten mit der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung (DSE), der Zentralstelle für gewerbliche Berufsförderung (ZGB Mannheim) und der GTZ, Abteilung Berufsbildung. Bei allen Unterschieden zeigten sich erstaunlicherweise viele ähnliche inhaltliche Ansätze. Von den IBP-Fachschullehrern einschließlich der Leitung hatte kaum jemand ein Projekt im Ausland besucht im Gegensatz zu den Kollegen aus den Organisationen aus der BRD. Ein

### DR. BERNHARD BECKMANN

Geschäftsführer des Europäischen Bildungswerks für Beruf und Gesellschaft gGmbH (EBG)



Teil des IBP-Personals wurde in eine neu gegründete Unterabteilung der DSE/ZGB Mannheim übernommen. Des Weiteren wurde mit Personal des IBP die Landesstelle der Carl-Duisberg-Gesellschaft in Sachsen-Anhalt gegründet. Beide Einrichtungen gingen später in InWent und dann in die GIZ über. Diese Struktureinheit blieb in Magdeburg erhalten, sodass die entwicklungspolitische Arbeit im Bereich der Berufsbildung von dort weitergeführt wird. Das entwicklungspolitische Potenzial, welches in Magdeburg durch das IBP begründet wurde, ist nicht verloren gegangen. Die am IBP angebotene Deutschausbildung für Ausländer wurde vom heutigen Europäischen Bildungswerk für Beruf und Gesellschaft weitergeführt. Derzeit sind wir dabei, eine Sprachschule auch in Vietnam aufzubauen, um neben dem Goethe-Institut Angebote für junge Menschen in Mangelberufen zu unterbreiten. Die guten Erfahrungen mit den sogenannten Vertragsarbeitern aus Vietnam wirken zum Teil heute noch nach, sodass Pflegeeinrichtungen sehr interessiert sind, Auszubildende oder auch Fachkräfte aus Vietnam zu erhalten.

**BWP** Rund 200.000 Bürgern aus Entwicklungsländern wurde ein Aufenthalt für eine berufliche Aus- oder Weiterbildung in der DDR ermöglicht. Warum ist dieser Ansatz nach der Wende nicht mehr weiterverfolgt worden?

**BECKMANN** Die hohe Zahl ergab sich einerseits daraus, dass in Verträgen mit Vertragsarbeitern in der DDR oft auch eine berufliche Qualifizierung enthalten war, und andererseits, dass auch Jugendliche aus Entwicklungsländern an speziellen Schulen eine allgemeine und berufliche Bildung erhielten. Dieser Ansatz wurde nicht weitergeführt, vielmehr geht es heute darum, Multiplikatoren der Berufsbildung, Fach- und Führungskräfte in Deutschland zu qualifizieren. Diesen Ansatz hatte auch das IBP, und dieser wurde und wird jetzt durch die GIZ fortgeführt.

*(Interview: Arne Schambeck)*